

Migration und Armut

am Beispiel der Aussiedler in Deutschland

Mit der zunehmenden Globalisierung und der ungleichen Verteilung des Wirtschaftswachstums ist die Armut zu einem wachsenden Symptom der Ausgrenzung auch im „Wohlstandsland“ Deutschland geworden. Neben den Alleinerziehenden (42%) und den Arbeitslosen (34,1%) sind hierbei diejenigen mit Migrationshintergrund (26,1%) am meisten in unserer Gesellschaft betroffen. Was heißt Armut. In den genannten Prozentzahlen beziehen sich auf die Definition, dass die genannten Personengruppen unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (1.141,20€/1995) verdienen und die Zahlen beziehen sich nur auf die alten Bundesländer. Wenn man diesen Zahlen noch die Prognose einer Studie des Bundesarbeitsamtes gegenüberstellt, dass im Jahr 2010 ein Drittel der Bevölkerung feste Arbeit, ein Drittel befristete Arbeit und ein Drittel keine Arbeit haben wird, wird deutlich dass die Betroffenheit von Armut nicht nur für die Sozialarbeit in Zukunft ein wachsendes Arbeitsfeld werden wird, sondern ein massives gesellschaftliches Problem darstellt.

Was ist Armut? – Armut bedeutet mehr als nur unmittelbare, existentielle Not. Armut ist in den meisten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und sozialpolitisch veranlassten Erhebungen gleichgesetzt mit einer besonders schlechten Lebenslage bestimmter Bevölkerungsgruppen (in wichtigen Lebensbereichen wie Einkommen, Arbeit, Wohnung, Bildung und Gesundheit), gemessen am durchschnittlichen Versorgungsstandard der Bevölkerung. In der Europäischen Union wird - angelehnt an dieses Armutskonzept – die Armutsschwelle bei 50 Prozent des Durchschnittseinkommens festgelegt. Als arm gelten Personen in Haushalten, die unter 50 % des Durchschnittseinkommens der Haushalte in den jeweiligen Mitgliedsländern zur Verfügung haben. Diesen Armutsbegriff hat sich auch die Kommission des 10. Jugendberichts zu eigen gemacht. Nach Ansicht der Bundesregierung gibt es in der Bundesrepublik keine Armut, die sozialen Sicherungssysteme reichen aus.

Für Lothar Krappmann, Professor am Max-Planck-Institut in Berlin und Leiter der Kommission, bleibt der Streit um Armutdefinitionen nebensächlich: "Auch wenn bei anderen Ansichten andere Zahlen herauskommen, bleibt die Tendenz immer gleich: Die Kinderarmut steigt" und dies betrifft besonders Kinder von Migranten und zunehmend auch Aussiedler.

Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Sozialhilfe

Zur Analyse der Lebenslage von Aussiedlern und ihrer Angewiesenheit auf Sozialhilfe hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Mai 2000 die ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit dem Forschungsprojekt „*Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Sozialhilfe*“ beauftragt. Der Schwerpunkt dieser Studie liegt auf der Gruppe der *Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler*, d.h. auf der Zuwanderergruppe, die seit 1993 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist. Der folgende Abschnitt basiert auf dem ersten Zwischenbericht dieses Projekts.¹

Phasen der Zuwanderung und Strukturen der Zuwanderer

Der Zustrom von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland stieg in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre stark an und erreichte 1990 mit rd. 400.000 Aussiedlern seinen Höhepunkt. Anschließend ging die Zuwanderung auf Grund der Steuerung durch das Aussiedleraufnahmegesetz kontinuierlich zurück und stagniert seit 1998 auf einem Niveau von rd. 100.000 Aussiedlerinnen und Aussiedlern jährlich. Trotz rückläufiger Zuwanderungszahlen ist die Integration insbesondere von Spätaussiedlern schwieriger geworden: Der Arbeitsmarkt ist nicht so aufnahmefähig wie in den Anfangszeiten der Zuwanderung nach Deutschland, die mitgebrachten Qualifikationen sind oftmals für den deutschen Arbeitsmarkt nicht relevant, die Sprachkenntnisse der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind deutlich schlechter als in der früheren Phase der Zuwanderung und die Möglichkeiten, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft sicherzustellen, sind für die Aussiedlerinnen und Aussiedler geringer geworden. Daher sind sie in stärkerem Maße auf Sozialhilfe angewiesen, um ihren Lebensunterhalt sicherstellen zu können, als die einheimische Bevölkerung.

Die Zuwanderung nach Deutschland lässt sich in mehrere Phasen unterteilen: Vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Mitte der 80er-Jahre waren es Vertriebene und

¹ D. Engelsl H. Hägelel G. Machalowskil C. Sellin, *Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Sozialhilfe*. Erster Zwischenbericht, ISG Köln, August 2000

Aussiedler in jährlich relativ konstantem Umfang; von 1988 bis 1992 stieg die Zahl der Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa extrem an; seit 1993 handelt es sich um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler vor allem aus den Gebieten der GUS Staaten. In den fast vierzig Jahren von 1950 bis 1987 kamen rund 1,5 Mio. Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland, in etwa die gleiche Anzahl, die allein im 6-Jahreszeitraum von 1990 bis 1995 nach Deutschland zuwanderte. Seit 1998 nimmt die Zahl wieder ab. Zur Zeit wandern circa 100.000 Aussiedler pro Jahr in die Bundesrepublik Deutschland ein.

Rund ein Drittel der Spätaussiedler sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der einheimischen Bevölkerung macht nur ein Fünftel aus. 46 % aller Spätaussiedler sind in der Altersstufe der 18- bis 44-Jährigen (einheimische Bevölkerung: 39 %). Das bedeutet nicht nur, dass die Bundesrepublik durch die Zuwanderung eine „Verjüngung“ erfährt, sondern auch, dass bei allen Integrationsbemühungen die junge Generation besonders zu fördern ist.

Der Prozess der Zuwanderung vollzog sich über einen langen Zeitraum hinweg relativ unbemerkt. Erst seit den 90iger Jahren ist die Zuwanderung und Integration von Aussiedlern problematischer geworden. Die Struktur der Zuwanderergruppen und die damit gegebenen Integrationsvoraussetzungen haben sich seit 1993 verändert. Die Zuwanderung aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion ist seither vorherrschend.

Mit der Herkunft der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler veränderten sich auch deren Sozialstrukturen und Qualifikationen. Sie verfügen weitgehend über geringe Deutschkenntnisse, und ihre Berufsausbildung, Denk- und Lebensweisen sind nicht mit denen in der Bundesrepublik vergleichbar. Ursächlich dafür ist die sehr hohe Zahl binationaler Familien bei der deutschen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion, in denen kaum noch Deutsch gesprochen wird. Vor 1995 waren bei den Zuwanderern aus den GUS Staaten diejenigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Minderheit. Heute sind von den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion nur noch 25% Aussiedler, 75% haben den ausländische Staatsangehörigkeit.

Die heutigen Zuwanderer entsprechen den typischen Bevölkerungsgruppen der deutschen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion, nicht mehr - wie zu Beginn der Migrationswelle - denjenigen, die der deutschen Kultur in besonderer Weise verbunden waren. De facto sehen sich die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler kulturell und sozial vor eine Einwanderungssituation gestellt. Von der deutschen Bevölkerung werden sie viel eher als „Ausländer“ denn als Deutsche bzw. deutschstämmige Aussiedler wahrgenommen. Nur 25% der Zuwandernden sind nach § 4 des Aussiedleraufnahmegesetzes anerkannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, während 75 % miteinreisende (größtenteils nicht deutsche) Familienangehörige sind. Diese Relation war im Jahr 1991 noch umgekehrt.

Die Frage, zu welchem Anteil und für welchen Zeitraum Aussiedlerinnen und Aussiedler auf Sozialhilfe, insbesondere auf Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) angewiesen sind, kann auf Grundlage der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht beantwortet werden, da das Merkmal „Aussiedler“ nicht erfasst wird. Es wird zwar zwischen deutschen und nichtdeutschen Hilfebeziehern unterschieden², aber innerhalb der Gruppe der deutschen Bezieherinnen und Bezieher nicht weiter differenziert.

Integrationsprobleme von Spätaussiedlern

Die Integration der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler ist ein Prozess, der sich über viele Jahre hin erstreckt und dadurch erschwert wird, dass die Sprachkenntnisse gering sind, die Arbeitsmarktchancen sich verschlechtern haben und die Verwertbarkeit vorhandener Qualifikationen teilweise große Probleme bereitet. Ein weiteres Integrationshindernis besteht in der räumlichen Konzentration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern in mehr oder weniger geschlossenen Siedlungsbezirken, sogenannte „Ghettos“. Sie entspricht dem Wunsch, sich in der Nähe von Verwandten und Freunden anzusiedeln, und wird oft durch die kommunale Politik unterstützt. In diesen Siedlungsgebieten entstehen eigene Strukturen und Subkulturen; diese sog. „Migrationsnetzwerke“ können sowohl die Integration unterstützen als auch den gegenteiligen Effekt einer Isolation und Förderung von russischsprachigen Enklaven bewirken.

² Frick, Joachim/ Büchel, Felix / Voges, Wolfgang 1996: Sozialhilfe als Integrationshilfe für Zuwanderer in Westdeutschland, in: DIW Wochenbericht Nr.48/196, Berlin; Büchel, Felix 1 Frick, Joachim 1 Voges, Wolfgang 1996: Der Sozialhilfebezug von Zuwanderern in Westdeutschland, Diskussionspapier 1996/21 der Technischen Universität Berlin

Geschätzter Sozialhilfebezug von Aussiedlern im Jahr 1998					
Früheres Bundesgebiet (bis Okt.1990) und Deutschland (ab Nov.1990)					
Zuzugs-Jahr	Aussiedler (Personen)		HLU-Quote nach Verbleibdauer*	HLU-Quote: gleitender Mittelwert**	Aussiedler, die 1998 HLU bezogen **
	Zuzüge	Verbleib			
1985	38.968	38.360		1,5%	575
1986	42.788	41.940		1,5%	629
1987	78.523	71.690		1,5%	1.075
1988	202.673	199.820	n.7-11 Jahren	2,5%	4.996
1989	377.055	335.370	4%	3,5%	11.738
1990	397.075	327.520		4,5%	14.738
1991	221.995	212.230		5,5%	11.673
1992	230.565	218.890	n.5-6 Jahren	6,5%	14.228
1993	218.888	212.270	6%	7,5%	15.920
1994	222.591	183.480	n.3-4 Jahren	12,5%	22.935
1995	217.898	172.230	14%	17,5%	30.140
1996	177.751	144.320		19,0%	27.421
1997	134.419	109.520	n.0-2 Jahren	20,5%	22.452
1998	103.080	83.980	20%	22,0%	18.476
insgesamt	2.664.269	2.351.620		8,4%	196.996

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1992 - 1999; DIW Wochenbericht 48/96
 * Ergebnisse des DIW ** Berechnungen des ISG

Die sozialen und psychischen Folgen der Zuwanderung sind für jugendliche Aussiedler besonders einschneidend. Sie haben ihre Heimat oft nicht aus eigener Entscheidung heraus verlassen und haben alle sozialen Beziehungsnetze verloren. Hier gelten sie dann als „Russen“. Sie sind nun in einem Land, dessen Sprache sie nicht beherrschen, dessen Strukturen und Normen sie nicht kennen. Es ist schwer für sie, neue Freunde und eine persönliche Perspektive zu finden. Sie sind in besonderer Weise gefährdet, die Integration zu verpassen und dauerhaft ausgegrenzt zu sein. Die Herausbildung von jugendlichen Subkulturen ist die Folge, auffälliges Verhalten ein Ausdruck von Frustration und Demotivation.

Arbeitsmarktsituation von Spätaussiedlern

Eine gesellschaftliche Integration in Unabhängigkeit von sozialstaatlichen Hilfen gelingt grundsätzlich am ehesten durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Dabei galten Aussiedlerinnen und Aussiedler lange als arbeitsmarktpolitisch unproblematische Gruppe. Dies änderte sich mit den großen Zuwanderungswellen in den Jahren 1989 und 1990, als es für die Zugewanderten auch um den Preis eines beruflichen Abstiegs immer schwieriger wurde, in Deutschland eine Beschäftigung zu finden. Die Problematik verschärfte sich im Laufe der 90er-Jahre, als immer mehr Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland einreisten und sowohl die Deutschkenntnisse schlechter wurden als auch berufliche Qualifikationen immer weniger in Deutschland verwertet werden konnten.

Hochgerechnet auf Basis der Zahlen der Arbeitsverwaltung ist heute mindestens jeder vierte erwerbsfähige Spätaussiedler ohne reguläre Beschäftigung. Dabei unterzeichnet die amtliche Statistik das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, da die Aussiedlereigenschaft nur für fünf Jahre nach der Einreise statistisch ausgewiesen wird. Inzwischen muss davon ausgegangen werden, dass Aussiedler zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes zählen und besonders drei Gruppen erheblich betroffen sind: Das sind zum Einen langzeitarbeitslose Aussiedler, bei denen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Integration in das Erwerbsleben immer schwieriger wird; zum Zweiten Aussiedlerinnen, die bereits zu Beginn der 90er-Jahre ein überdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko aufwiesen und schließlich zum Dritten Jugendliche und junge Erwachsene, die weder gesellschaftlich integriert sind, noch den Schritt in das Arbeitsleben bewältigen.

Die arbeitslosen Spätaussiedler der jüngeren Zuwanderergeneration sind kaum mehr mit den Aus- und Übersiedlern bis Ende der 80er-Jahre vergleichbar, die Eingliederungsproblematik entspricht heute eher der von Ausländern. Eine Analyse der beruflichen Bildung zeigt, dass 1999 rd. 60 % der

arbeitslosen Aussiedlerinnen und Aussiedler Un- und Angelernte waren (die vergleichbaren Anteile bei deutschen Arbeitslosen liegen unter einem Drittel). Angesichts der immer knapper werdenden Arbeitsplätze für Menschen ohne Berufsausbildung muss diese Struktur als äußerst ungünstig eingestuft werden. Sofern berufliche Qualifikationen vorliegen, sind diese oft nicht verwertbar; sie wurden in Wirtschaftssystemen erworben, die stark von den Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland abweichen. Für die überwiegende Mehrheit der Aussiedlerinnen und Aussiedler ist eine der im Herkunftsland erlernten oder ausgeübten Tätigkeit adäquate Erwerbstätigkeit in Deutschland kaum möglich. Dies gilt praktisch durchgängig für alle Qualifikationsstufen, Wirtschaftsbereiche und Tätigkeitsfelder.

Sprachliche und qualifikatorische Defizite, sowie die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe erschweren die Integration und führen gerade bei den jüngeren Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern zu Abgrenzungs- und Abschottungstendenzen. Dabei haben jüngere Spätaussiedler im Vergleich mit in Deutschland aufgewachsenen Migrantenkindern den Nachteil, dass diese die deutsche Sprache besser beherrschen und eine klare Identität in Bezug auf ihr Ursprungsland empfinden.

Insgesamt gesehen muss von äußerst ungünstigen Erwerbschancen sowohl für die in jüngerer Zeit neu eingetroffenen Spätaussiedler als auch für Aussiedler, die trotz längeren Aufenthalts den Anschluss an das Arbeitsleben in Deutschland noch nicht geschafft haben, ausgegangen werden. Die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe zeigt deutliche Verhärtungs- und Ausgrenzungstendenzen, was die Bemühungen um Integration schwieriger und kostspieliger macht. Angesichts der Komplexität der Problematik und der Gefahr einer dauerhaften Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben ist zu konstatieren, dass das herkömmliche arbeitsmarktpolitische Instrumentarium mit sechsmonatiger Eingliederungshilfe, ebenso langem Deutsch-Sprachkurs und den „Standard“-Qualifizierungsangeboten viel zu kurz greift, um die massiven Schwierigkeiten anzugehen und die Eingliederung voranzutreiben. Sicher sprechen wir hier nur von einer Minderheit der zugewanderten Aussiedler und Aussiedlerinnen (schätzungsweise 10%). Jedoch sind sie sicher eine von Armut und Ausgrenzung stark betroffene Risikogruppe, die besonderer Unterstützung besonders in niederschwelliger Form benötigt.

April 2002